

Dear reader,

This is an author-produced version of an article published in Christopher Spehr / Harry Oelke (eds.), *Das Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘. Kirche und Antisemitismus in der NS-Zeit*. It agrees with the manuscript submitted by the author for publication but does not include the final publisher's layout or pagination.

Original publication:

Albrecht-Birkner, Veronika

Zum Verhältnis von Christentum und Judentum in DDR und BRD – eine Annäherung  
in: Christopher Spehr / Harry Oelke (eds.), *Das Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘. Kirche und Antisemitismus in der NS-Zeit*, pp. 359–380

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2021 (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte Band 82)

URL <https://doi.org/10.13109/9783666557972.359>

Access to the published version may require subscription.

Published in accordance with the policy of Vandenhoeck & Ruprecht: <https://www.vr-elibrary.de/self-archiving>

Your IxTheo team

---

Liebe\*r Leser\*in,

dies ist eine von dem/der Autor\*in zur Verfügung gestellte Manuskriptversion eines Aufsatzes, der in Christopher Spehr / Harry Oelke (Hg.), *Das Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘. Kirche und Antisemitismus in der NS-Zeit* erschienen ist. Der Text stimmt mit dem Manuskript überein, das der/die Autor\*in zur Veröffentlichung eingereicht hat, enthält jedoch nicht das Layout des Verlags oder die endgültige Seitenzählung.

Originalpublikation:

Albrecht-Birkner, Veronika

Zum Verhältnis von Christentum und Judentum in DDR und BRD – eine Annäherung  
in: Christopher Spehr / Harry Oelke (Hg.), *Das Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘. Kirche und Antisemitismus in der NS-Zeit*, S. 359–380

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2021 (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte Band 82)

URL <https://doi.org/10.13109/9783666557972.359>

Die Verlagsversion ist möglicherweise nur gegen Bezahlung zugänglich.

Diese Manuskriptversion wird im Einklang mit der Policy des Verlags Vandenhoeck & Ruprecht publiziert: <https://www.vr-elibrary.de/self-archiving>

Ihr IxTheo-Team

## **Zum Verhältnis von Christentum und Judentum in DDR und BRD – eine Annäherung**

### 1. Narrative des Verhältnisses von Christentum und Judentum im geteilten Deutschland

Eine Annäherung an das Verhältnis von Christentum und Judentum in der Zeit der deutsch-deutschen Teilung ist bekanntlich nicht in dem Sinne nötig, dass es dazu noch keine Forschungen gäbe. Die zahlreichen vorhandenen Untersuchungen thematisieren aber zumeist einzelne Trägerinstitutionen und Schlüsseltexte oder Schlüsselgestalten der christlich-jüdischen Arbeit in der DDR oder der BRD – nur selten wird der Versuch unternommen, zu einer die beiden deutschen Staaten übergreifenden Sicht zu gelangen<sup>1</sup>. Für die DDR liegt mit der Monographie von Irena Ostmeier eine Darstellung vor, die die verschiedenen Institutionen und Facetten christlich-jüdischer Arbeit im Osten insgesamt in den Blick nimmt<sup>2</sup>. Eine vergleichbare Überblicksdarstellung zur christlich-jüdischen Arbeit in der Bundesrepublik existiert bislang nicht.

Ein gängiges Narrativ des Verhältnisses von EKD und Judentum nach 1945 nennt drei Phasen: eine zwischen Verdrängung und Bekenntnis changierende Entwicklung zum Eingeständnis der Schuld als Phase eins (1945–1961), auf dem Schuldbekenntnis basierende theologische Neuansätze als Phase zwei (1961–1980) und die landeskirchliche Rezeption derselben als Phase drei (seit 1980)<sup>3</sup>. Diese Phaseneinteilung, deren in gewisser Weise teleologischer Duktus im Blick auf eine Verbesserung des Verhältnisses von evangelischer Kirche und Judentum teils dadurch gebrochen bleibt, dass auf die noch ausstehende Einbeziehung der Gemeinden in das christlich-jüdische Gespräch verwiesen wird<sup>4</sup>, orientiert sich an Ereignissen, die als in besonderer Weise weichenstellend in der Entwicklung des deutschen Nach-Shoah-Protestantismus in seinem Verhältnis zum Judentum wahrgenommen werden: die Gründung der Arbeitsgruppe „Juden und Christen“ auf dem Westberliner Kirchentag von 1961 bzw. die von dieser vorgelegte Erklärung<sup>5</sup> und der

---

<sup>1</sup> Ausnahmen sind LEGERER, Tatort; und TÖLLNER, Barbarei.

<sup>2</sup> Vgl. OSTMEYER, Schuld.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. OELKE, Schuld; und SCHNEIDER-LUDORFF, Verdrängen.

<sup>4</sup> Vgl. OELKE, Schuld, 22f.

<sup>5</sup> Vgl. zur Geschichte dieser Arbeitsgruppe KAMMERER, Haare; STÖHR, Arbeitsgemeinschaft; und ZANDER, Philosemitismus, 271–298. Die Erklärung der Arbeitsgruppe von 1961 ist abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 553f.

Beschluss der Rheinischen Synode „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980<sup>6</sup>.

Dieses Narrativ folgt insofern einem Von-oben-nach-unten-Duktus, als der Kirchentagsimpuls von 1961 zwar als „Aufbruch“ in die Phase der theologischen Neuansätze eingeordnet wird, als eigentliches Movens derselben aber die Abfassung des 1975 vorgelegten ersten Teils der Studie „Christen und Juden“ durch die 1967 eingesetzte entsprechende Studienkommission der EKD<sup>7</sup> verstanden wird, die in der dritten Phase dann wiederum auf die nächstuntergeordnete Ebene der Landeskirchen eingewirkt habe<sup>8</sup>. Die katholische Geschichtsschreibung des christlich-jüdischen Verhältnisses wird in diesen Duktus insofern integriert, als die Erklärung „Nostra aetate“ des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1965 auch für die evangelische Kirche als „eigentliche Initialzündung zu einer grundlegenden Neubeschäftigung mit dem christlich-jüdischen Verhältnis in den 1960er Jahren“ eingeordnet wird<sup>9</sup>. Faktisch ist aber auch die Erzählstruktur hier eine parallele zu jener der katholischen Kirche<sup>10</sup>.

Ein anderes, stärker ökumenisch ausgerichtetes Narrativ des Verhältnisses von Christentum und Judentum in Deutschland nach 1945 definiert als erste Phase die Zeit von 1945 bis 1950, die von verschiedenartigen Schuldenerklärungen geprägt gewesen sei<sup>11</sup>. Die Zäsur im Jahr 1950 orientiert sich v. a. an dem von der Synode der EKD zu diesem Zeitpunkt verabschiedeten „Wort zur Judenfrage“<sup>12</sup>, das als vorläufiger Abschluss des Schuldanerkenntnisses auf evangelischer Seite eingeordnet wird. Gemäß diesem Narrativ schloss sich von 1950 bis 1975 „eine lange Phase des Schweigens“ offizieller Gremien der EKD an, die „allerdings begleitet“ gewesen sei „von einer intensiven dialogischen Arbeit im Stillen, die immer weitere Kreise zog“ und nicht nur die evangelische Kirche betraf<sup>13</sup>. Dem sei ab 1975 – dem Jahr des Erscheinens des ersten Teils der EKD-Studie „Christen und Juden“

---

<sup>6</sup> Abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 593–595.

<sup>7</sup> Vgl. CHRISTEN UND JUDEN I–III.

<sup>8</sup> Vgl. OELKE, Schuld, 16–21.

<sup>9</sup> EBD., 17. Die Erklärung ist abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 39–44.

<sup>10</sup> In der katholischen Wahrnehmung des christlich-jüdischen Verhältnisses stellt die Erklärung „Nostra Aetate“ den absoluten Höhe- und Wendepunkt dar (vgl. KOSCHEL, Kirche). Überwiegend der Geschichte des Verhältnisses der deutschen katholischen Kirche zum Judentum bis 1982 gewidmet ist RICHTER, Kirche (Edition mit Aufsätzen; Teilnachdruck „für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ in der DDR als RICHTER / SÄRCHEN, Kirche).

<sup>11</sup> Vgl. JUNG, Christen, 250–252.

<sup>12</sup> Abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 548f. Vgl. zu dieser Erklärung HERMLE, Kirche, 348–365.

<sup>13</sup> JUNG, Christen, 252.

– eine „Phase des öffentlichen Redens und Bekennens“ gefolgt<sup>14</sup>. Im Gegensatz zum ersten Modell werden hier also von unten nach oben gerichtete Impulse als maßgeblich für eine letztliche Sprachfindung des deutschen Protestantismus gegenüber dem Judentum geltend gemacht. Um eine solche These zu verifizieren, wäre außer der Geschichte der schon erwähnten Kirchentags-Arbeitsgruppe „Juden und Christen“ insbesondere die bislang nicht bzw. nur in Ansätzen geschriebene, höchst vielfältige Geschichte der landeskirchlichen Arbeitskreise, die sich 1978 in der EKD zur „Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden“ (KLAJ) zusammenschlossen, von Interesse<sup>15</sup>. Auf der katholischen Seite beträfe dies u. a. die Geschichte des 1971 vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken eingesetzten Gesprächskreises „Juden und Christen“<sup>16</sup>.

Einen für das Verhältnis von Christentum und Judentum in der BRD ebenfalls bedeutenden Faktor, der in die vorliegenden Phasenmodelle zu integrieren ist, stellte die sich verändernde Wahrnehmung des Staates Israel dar. Wie der Kirchenhistoriker Gerhard Gronauer nachgewiesen hat, lässt sich diesbezüglich eine erste Phase von 1948 bis 1957 ausmachen, in der der Staat Israel „als Störfaktor der Mission“ wahrgenommen wurde<sup>17</sup>. Dem sei von 1958 bis 1967 eine Phase gefolgt, in der er „als ‚Motor‘ der christlich-jüdischen Annäherung“ fungiert habe<sup>18</sup>, wogegen ab diesem Zeitpunkt – der Sechstagekrieg markierte die Zäsur – der Staat Israel ein „Politikum“<sup>19</sup> und faktisch erneut einen Störfaktor der christlich-jüdischen Annäherung dargestellt habe. Auf das Verhältnis von Christentum und Judentum in der BRD gibt es zudem nichtkirchliche Erzählperspektiven, so diejenige des Deutschen Koordinierungsrates der seit 1948 entstandenen „Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ (GCJZ)<sup>20</sup>. In der Eigengeschichtsschreibung definiert der Koordinierungsrat in seiner Arbeit vier Phasen: In Phase eins von 1948 bis 1957 sei es um „Bewältigung der Vergangenheit“ und „Kollektivschuld“ gegangen, in Phase zwei von 1958 bis 1965 schwerpunktmäßig um Erziehung, Theologie und Politik und in Phase drei von 1965

---

<sup>14</sup> EBD.

<sup>15</sup> Vgl. zum Arbeitskreis Juden und Christen in der EKIBB OSTEN-SACKEN, Institut; zum Ausschuss Christen und Juden in der EKIR und dessen Vorgeschichte vgl. ZANDER, Philosemitismus, 135–157; zum Ausschuss Christen und Juden in der EKvW und dessen Vorgeschichte EBD., 200, 210f., 215–224.

<sup>16</sup> HENRIX, Arbeitsgemeinschaft, betont die enorme Bedeutung des Gesprächskreises. HEINZ, Gottes, bietet nur eine an den Verlautbarungen des Gesprächskreises orientierte, keine eigentlich historische Darstellung.

<sup>17</sup> GRONAUER, Staat, 53.

<sup>18</sup> EBD., 126.

<sup>19</sup> EBD., 194.

<sup>20</sup> Vgl. BILANZ UND PERSPEKTIVEN; MÜNZ / SIRSCH, Bedeutung. Zu den GCJZ und der von diesen veranstalteten „Woche der Brüderlichkeit“ vgl. MÜNZ, Jahre; und ZANDER, Philosemitismus, 241–270.

bis 1974 um die Auseinandersetzung mit dem kirchlichen Antijudaismus, wogegen Phase vier seit 1975 von der Auseinandersetzung mit Rechts- und Linksextremismus, dem Nahostkonflikt und dem Verhältnis BRD – Israel geprägt sei<sup>21</sup>.

Aufgrund der gänzlich anderen Rahmenbedingungen lässt sich keines der für die BRD existierenden Phasenmodelle der Beschreibung des christlich-jüdischen Verhältnisses unmittelbar auf die DDR übertragen. Auf der Basis der Untersuchung von Ostmeyer kann man hier seit den 1960er Jahren für Berlin und Leipzig von Einzelinitiativen zur Entstehung eines christlich-jüdischen Gesprächs vor Ort von Pfarrern und jüdischen Gemeindevorstehern sprechen<sup>22</sup>. Parallel lässt sich anhand der theologischen Presse von 1945 bis 1960 eine Phase ausmachen, in der der Bußgedanke im Vordergrund stand, wogegen die 1960er Jahre bis 1967 von einem Prozess theologischen Umdenkens hinsichtlich antijudaistischer Israelbilder geprägt gewesen sei<sup>23</sup>. Auffällig ist das politisch zu erklärende Schweigen in der kirchlichen Presse der DDR zum Thema Juden und Christen nach dem Sechstagekrieg, dem sich ab 1975 eine Phase weitergehender Auseinandersetzung mit dem christlich-jüdischen Verhältnis anschloss<sup>24</sup>. Diese Zäsur hatte nichts mit der EKD-Studie „Christen und Juden“ zu tun, sondern mit der „Erklärung der leitenden Geistlichen der Evangelischen Kirchen in der DDR“ (unter Beteiligung der Methodistischen Kirche und des Bundes evangelisch-freikirchlicher Gemeinden) von 1975, die eine einhellige Ablehnung der Zionismus-Resolution der UNO beinhaltete<sup>25</sup>. Es ist selbsterklärend, dass dieses Statement, das nur auf dem innerkirchlichen Dienstweg verbreitet werden konnte, im dezidiert antizionistisch ausgerichteten SED-Staat von erheblicher politischer Brisanz war. Es markierte den Eintritt der ostdeutschen Kirchenleitungen in die Wahrnehmung von Verantwortung für das christlich-jüdische Verhältnis.

Durch das Pogromnachtgedenken von 1978, zu dem die „Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR“ (KKL) ein „Wort an die Gemeinden“ erließ<sup>26</sup>, intensivierte sich

---

<sup>21</sup> EBD., 97f., hier 97.

<sup>22</sup> Das betraf zunächst die Sächsische Kirche (Leipzig), seit den 1970er Jahren zudem Berlin und die EKKPS (Magdeburg und Erfurt) (vgl. OSTMEYER, Schuld, 242–263, 266–269). Auch in der Mecklenburgischen (Rostock) und der Pommerschen Kirche (Greifswald) existierten zu diesem Zeitpunkt schon jüdisch-christliche Initiativen, die mangels Juden aber kaum auf dialogische Arbeitsformen setzen konnten (vgl. EBD., 271–277). In den 1980er Jahren kamen Gründungen in Dresden, Thüringen (Eisenach), Karl-Marx-Stadt / Chemnitz und Görlitz hinzu, die sich teils als nichtkirchlich verstanden (vgl. EBD., 175f., 269–271, 277–279).

<sup>23</sup> Vgl. EBD., 103–109 (zur Zeitschrift „Zeichen der Zeit“).

<sup>24</sup> Vgl. EBD.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu EBD., 69. Die Erklärung ist abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 580.

<sup>26</sup> Abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 588–590.

das kirchliche Interesse am Judentum in den Kirchen der DDR auf allen Ebenen so stark, dass Ostmeyer dieses Jahr als „Wendepunkt“ in der „Entwicklung der christlich-jüdischen Beziehungen“ in der DDR bezeichnet<sup>27</sup>. Dieses Interesse stabilisierte sich in den 1980er Jahren und erreichte zum Pogromnachtgedenken 1988, zu dem der BEK und die EKD ein gemeinsames Wort erließen<sup>28</sup>, einen erneuten Höhepunkt<sup>29</sup>. Seit 1980 bestand eine beim BEK angesiedelte Koordinierungsstelle für christlich-jüdische Fragen, der es jedoch lange nicht gelang, einen wissenschaftlichen Arbeitskreis zu etablieren, weil die Kirchenleitungen der Landeskirchen dies aus Ressourcengründen ablehnten<sup>30</sup>. Der wissenschaftliche Arbeitskreis tagte erstmals schließlich 1989 – dem Jahr, in dem auch das erste offizielle Gespräch zwischen Vertretern des BEK und des Verbandes jüdischer Gemeinden in der DDR stattfand<sup>31</sup>. Zu landeskirchlichen Erklärungen im Sinne einer theologischen Neuorientierung zum Thema Christen und Juden ist es bis zum Ende der 1980er Jahre im Osten nicht gekommen. Erst im Frühjahr 1990 verabschiedete die Berlin-Brandenburgische Synode den Beschluss „Zur Erneuerung unseres Verhältnisses zum Judentum“, der eine klare Absage an den theologischen Antijudaismus enthielt<sup>32</sup>.

Die Phasen des christlich-jüdischen Verhältnisses in der DDR können nicht getrennt von der sich verändernden Politik des SED-Staates gegenüber den Juden und deren Auswirkungen betrachtet werden, wozu auch die im Kontrast zur Situation in der BRD extreme Ausdünnung der jüdischen Gemeinden zu zählen ist<sup>33</sup>. Mit dem Historiker Lothar Mertens lassen sich vier Phasen unterscheiden: Phase eins bis 1953, in der die anfangs

---

<sup>27</sup> OSTMEYER, Schuld, 181; zur Relevanz der Pogromnachtgedenken in der DDR ab 1978 vgl. EBD., 167–181.

<sup>28</sup> Abgedruckt in HENRIX / KRAUS, Kirchen, 562–564; vgl. EBD., 557–586 Worte von Landeskirchen zu diesem Anlass. Zum gemeinsamen Wort von BEK und EKD als „Kompromissformel“ vgl. OSTMEYER, Schuld, 53f., 178; TÖLLNER, Barbarei, 226.

<sup>29</sup> Entsprechend lassen sich für die in den evangelischen Kirchen in der DDR breit rezipierte Zeitschrift „Die Christenlehre“ (nach kürzeren Interessenphasen in den frühen 1950er und der ersten Hälfte der 1960er Jahre) die gesamten 1980er Jahre als Phase einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Judentum ausmachen (vgl. BECKER, Thema, 128f.).

<sup>30</sup> Vgl. OSTMEYER, Schuld, 282–287. Bei der Koordinierungsstelle handelte es sich um den um die nichtlutherischen Landeskirchen erweiterten Arbeitskreis „Kirche und Judentum“ der VELKD in der DDR.

<sup>31</sup> Vgl. EBD., 287–289; ARNDT, Shoah, 62.

<sup>32</sup> Vgl. OSTMEYER, Schuld, 58–64.

<sup>33</sup> In der SBZ lebten nach dem Kriegsende noch ca. 3.500 Juden; am Ende der DDR-Zeit waren es weniger als 300 Mitglieder jüdischer Gemeinden (vgl. MASER, Juden, 397; MERTENS, Kinder, 288; detailliertere Angaben in DERS., Jugend, 195f., 198f.). In der BRD lebten 1955, nachdem sich die Lager der *Displaced persons* mit ca. 200.000 Juden ab 1948 durch Massenauswanderungen v. a. nach Israel geleert hatten, noch ca. 16.000 Juden; durch Remigration stieg die Zahl bis zum Ende der deutschen Teilung auf ca. 29.000 (vgl. BENZ, Status; <https://fowid.de/meldung/mitglieder-juedischer-gemeinden-deutschland-1955-2016>, abgerufen am 15. 8. 2019). Zur Situation von Juden und jüdischen Gemeinden in der DDR vgl. ARNDT, Gespräch; BENZ, Antisemitismus; HARTEWIG, Geschichte; MASER, Juden; MERTENS, Kinder; NIETHER, Juden; OSTMEYER, Schuld, 216–227; aus jüdischer Perspektive HELBIG, Geschichte; KIRCHNER, Minorität. Zur Instrumentalisierung des Pogromnachtgedenkens vgl. SCHMID, Antifaschismus.

wohlwollende Haltung gegenüber den Juden ab 1950 durch die auch in der DDR wirksame antisemitische Interimsperiode im Ostblock abgelöst worden war; Phase zwei von der Mitte der 1950er bis zur Mitte der 1960er Jahre, die von politischer Indifferenz des Staates gegenüber den Juden und Distanz der jüdischen Gemeinden zum DDR-Staat gekennzeichnet war; Phase drei von 1967 bis Anfang der 1980er Jahre, in der eine massive Instrumentalisierung der Juden „als Alibi für die antizionistische Politik des Staates“ einsetzte, die sich in Phase vier in den 1980er Jahren auch außenpolitisch weiter intensivierte – bis dahin, dass das Pogromnachtgedenken 1988 als eine Art Staatsakt begangen wurde<sup>34</sup>. Die sich seit den 1970er Jahren intensivierenden christlich-jüdischen Kontakte stellten einen Störfaktor in der Instrumentalisierungspolitik des SED-Staates gegenüber den Juden und insofern per se ein Politikum dar – auch dann, wenn es nicht explizit um die antizionistische Außenpolitik der DDR ging.

## 2. Methodische Annäherung an ein deutsch-deutsches Narrativ des Verhältnisses von Christentum und Judentum

Die dargestellten Phasenmodelle bieten mehrere Anhaltspunkte für eine methodische Annäherung an ein deutsch-deutsches Narrativ des Verhältnisses von Christentum und Judentum. Hierzu gehört zunächst die Beobachtung, dass in allen Fällen von einer neuen und sich dann immer weiter verbessernden Qualität des christlich-jüdischen Verhältnisses seit der Mitte, spätestens dem Ende der 1970er Jahre ausgegangen wird. Unterschiedlich beschrieben wird die Genese dieser neuen Qualität. Während für die DDR offensichtlich eindeutig zu sagen ist, dass es sich dabei um das Ergebnis von Impulsen handelte, die von Einzelinitiativen in einigen Landeskirchen ausgingen, changieren die Darstellungen für die BRD zwischen einem ebenfalls Basisinitiativen als treibende Kräfte betonenden und einem stärker die Leitungsebene der EKD als eigentliche Triebkraft fokussierenden Ansatz, weil im Gegensatz zur DDR auch letzterer hier deutlich greifbar ist. Die Beschreibungen der Phase der neuen Qualität der Beziehungen ab um 1980 fokussieren in der BRD die Ebene landeskirchlicher Leitungsgremien, die für die DDR ebenso wie die BEK-Leitungsebene neben den weitergehenden Basisinitiativen nur wenig in den Blick kommt – einfach deshalb nicht, weil es für diese Ebenen hier deutlich weniger zu sagen gibt, als das in der BRD der Fall ist.

---

<sup>34</sup> GOSCHLER, DDR, 5; vgl. auch HILDEBRANDT, Gespräch, 144.

Für die BRD impliziert die andere Sachlage hinsichtlich des Engagements von Kirchenleitungen zugleich, dass die Geschichtsschreibung von Basisinitiativen bislang vernachlässigt wurde, weil offensichtlich der Eindruck dominiert, dass programmatische Äußerungen von Kirchenleitungen das Eigentliche des jüdisch-christlichen Verhältnisses beschreiben. Gleichwohl kommen die Gemeinden vor Ort dann letztlich als weißer Fleck im jüdisch-christlichen Gespräch in den Blick. Ob die Narrative des christlich-jüdischen Verhältnisses in der BRD, die in hohem Maße auf die theologische Aufarbeitung der Schuldproblematik fokussiert sind, bereits hinreichend mit den politischen Implikationen durch den Blick auf den Staat Israel v. a. seit 1967 zusammengedacht wurden, ist m. E. mindestens fraglich.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen historischen Entwicklungen und der existierenden Narrative der jüdisch-christlichen Beziehungen in Ost und West sehe ich folgende Optionen für eine Öffnung in Richtung eines deutsch-deutschen Narrativs:

1) den Zugang über Landeskirchen und konfessionelle Profile

Quer zu den greifbaren deutsch-deutschen Unterschieden scheint zu stehen, dass bestimmte Landeskirchen in unterschiedlicher Weise Vorreiter der jüdisch-christlichen Arbeit gewesen sind. Es kann für Ost und West nach den dahinterstehenden Akteuren und Prozessen sowie der Relevanz des jeweiligen konfessionellen Profils gefragt und nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden gesucht werden.

2) den Zugang über deutsch-deutsche Impulse und Rezeptionen sowie Vergleiche zwischen parallelen Äußerungen

Es gibt mehrere Hinweise auf deutsch-deutsche Impulse und Rezeptionen im Bereich jüdisch-christlicher Arbeit auf verschiedenen Ebenen. Diesen gilt es nachzugehen und sie im Blick auf darin zum Ausdruck kommende unterschiedliche Profile wie auch mögliche Synergien zu systematisieren. Aufschluss ist zudem zu erwarten von einem Vergleich paralleler Äußerungen ost- und westdeutscher kirchlicher Gremien zu denselben Anlässen.

3) den Zugang über den Aspekt evangelisch-katholischer Kooperationen

Auch jenseits der erwähnten Relevanz der Erklärung „Nostra aetate“ des Zweiten Vatikanischen Konzils hat es in Ost und West Wechselbeziehungen und Synergien zwischen evangelischen und katholischen Bemühungen um ein christlich-jüdisches Gespräch gegeben. Auch hier kann ebenso nach in Ost und West jeweils spezifischen Profilen wie nach Gemeinsamkeiten gesucht werden.

#### 4) den Zugang über den Aspekt einer Öffnung für den Dialog mit Juden

Es ist offensichtlich, dass der theologische Diskurs über christliche Antijudaismen, der sich ab den 1960er Jahren an die reine Fokussierung auf das Schuldeingeständnis anschloss bzw. dieses begleitete und im Kern die Akzeptanz der bleibenden Erwählung Israels respektive den Abschied von der Judenmission betraf<sup>35</sup>, früher oder später den Übergang vom Gespräch über Juden zum dialogischen Gespräch mit Juden implizieren musste. Dieser in Ost und West zu unterschiedlichen Zeiten und auf unterschiedlichen Ebenen zu beobachtende Übergang kann insofern als Symptom für einen parallel vollzogenen Paradigmenwechsel im christlich-jüdischen Verhältnis gewertet werden, auch wenn dies nicht in allen Fällen gleichermaßen intensiv theologisch reflektiert wurde.

#### 5) den Zugang über die Adressatenorientierung Gemeinde und Schule

Von der Selbstverständigung auf kirchlichen Leitungsebenen und der Öffnung für den Dialog mit Juden ist als eigener Zugang die Orientierung christlich-jüdischer Arbeit auf Gemeinden sowie SchülerInnen als Adressaten zu unterscheiden. Es kann gefragt werden, wann und in welcher Weise in Ost und West diese Adressatenorientierung, insbesondere die Vermittlung von Bildung zum Judentum, in den Blick gekommen ist und welche deutsch-deutschen Impulse dabei möglicherweise eine Rolle spielten.

#### 6) den Zugang über Akteure auf christlicher und jüdischer Seite und deren biographische Bezüge

Es ist offensichtlich, dass die Etablierung einer jüdisch-christlichen Arbeit in hohem Maße zunächst einmal das Ergebnis der Initiative Einzelner auf christlicher und jüdischer Seite war. Entsprechend wären biographische Zugänge über diese Akteure, auch im Ost-West-Vergleich, von Interesse für die Eruierung von Motivlagen und Konstellationen der christlich-jüdischen Arbeit, insbesondere unter Einbeziehung langfristiger Perspektiven.

#### 7) den Zugang über die Relevanz politischer Rahmenbedingungen und politischer Implikationen

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland hatten – wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen des Kalten Krieges – außen- und innenpolitische Rahmenbedingungen einen erheblichen Einfluss auf das christlich-jüdische Verhältnis, so dass sich auch über diesen

---

<sup>35</sup> Vgl. zu den Kernpunkten der theologischen Diskussion ab den 1960er Jahren im Überblick OELKE, Schuld, 13–18. Jung macht auf die weitergehende Relevanz des Anliegens der Judenmission in evangelikalen Kreisen aufmerksam (vgl. JUNG, Christen, 255f.).

Zugriff ein deutsch-deutsches Narrativ ergeben kann. Der Umgang mit den Juden war in beiden Nach-Shoah-Deutschlands der Lackmustest für die Abkehr vom Nationalsozialismus, den zu verfehlen sich auf je ihre Weise keine Seite leisten konnte und wollte. Darüber hinaus forderte die Entwicklung des Staates Israel ständig neue Positionierungen, die mit den theologischen Aufbrüchen in Sachen christlicher Antijudaismus abzugleichen waren. Für die DDR ist evident, dass der christlich-jüdische Dialog ein Politikum darstellte. Von Interesse wäre, inwiefern das parallel auch für die BRD gesagt werden kann.

#### 8) den Zugang über die Relevanz weitergehender antisemitischer Positionen

Ein weiterer sowohl in der DDR als auch in der BRD relevanter Aspekt ist die Kontinuität antisemitischer Positionen und Handlungen nicht nur der ersten Generation nach dem Ende der NS-Zeit, sondern auf Dauer. Für Ost und West kann gefragt werden, inwieweit christlich-jüdische Arbeit nicht nur eine Reaktion auf die Shoah, sondern kurz- und/oder langfristig auch auf den weitergehenden Antisemitismus darstellte.

Freilich sind diese Zugänge nicht in dem Sinne zu unterscheiden, dass bestimmte konkrete Ereignisse und Entwicklungen ausschließlich einem Zugang zuordenbar wären, sondern dass diese grundsätzlich über verschiedene Zugänge in den Blick genommen werden können.

### 3. Materiale Annäherung an ein deutsch-deutsches Narrativ des Verhältnisses von Christentum und Judentum

In diesem Abschnitt sollen die soeben vorgestellten methodischen Überlegungen schwerpunktmäßig am Beispiel der konfessionellen Profile der Landeskirchen (1 und 2), Beobachtungen zur Öffnung für den Dialog mit Juden (3) und zur Relevanz politischer Rahmenbedingungen bzw. politischer Implikationen sowie antisemitischer Haltungen und Handlungen (4), verbunden mit Einzelbeispielen für andere Zugänge, exemplarisch erprobt werden.

#### 3.1 Lutherische Landeskirchen

Einzusetzen ist, geht man chronologisch vor, bei den lutherischen Landeskirchen, in denen 1945 eine Anknüpfung an den 1935 verbotenen Leipziger „Evangelisch-Lutherischen Zentralverein für Mission unter Israel“<sup>36</sup> eine Rolle spielte. Im Westen konstituierte sich der

---

<sup>36</sup> Vgl. zur Geschichte dieses Vereins BAUMANN, Wege; KÜTTLER, Judenmission.

Verein unter Federführung des Neutestamentlers Karl Heinrich Rengstorf bereits im Oktober 1945 neu, wobei er vorübergehend auf den Missionsschwerpunkt verzichtete<sup>37</sup>. Die Fortführung des Leipziger Erbes konzentrierte sich seit 1948 in Gestalt des wiedergegründeten „Institutum Judaicum Delitzschianum“ in Münster und somit in der Westfälischen Kirche. Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass es mit dem „Landeskirchlichen Ausschuss für Mission unter Israel“ bereits seit 1946 auch einen östlichen Zweig der Wiederanknüpfung an die Leipziger israelmissionarische Tradition gegeben hat, der faktisch die Keimzelle christlich-jüdischer Arbeit in der DDR darstellte<sup>38</sup>. Federführend war hier der Neutestamentler Albrecht Oepke, der auch die „Erklärung zur Schuld am jüdischen Volk“ der Sächsischen Synode vom 17./18. April 1948 anregte. Ähnlich dem „Wort zur Judenfrage“ des Bruderrates vom 8. April 1948, an dem sie sich orientierte, hielt diese Erklärung an der Judenmission fest und sprach nur im Blick auf den Ausschluss von Judenchristen aus der Kirche von einer Schuld an den Juden – als landeskirchliche Erklärung mit einer klaren Benennung deutscher Schuld an der Shoah war sie in Deutschland zu dieser Zeit dennoch einzigartig<sup>39</sup>.

Interessant ist die weitere Entwicklung der Geschwisterinitiativen in Ost und West hinsichtlich ihrer Namensänderungen und der sich darin ausdrückenden konzeptionellen Revisionen des eigenen Programms. Die unter dem Namen „Evangelisch-Lutherischer Zentralverein für Mission unter Israel“ im Westen weitergeführte Nachfolgeinstitution der Leipziger Arbeitsgemeinschaft wurde 1985 umbenannt in „Evangelisch-lutherischer Zentralverein für Zeugnis und Dienst unter Juden und Christen“ und ließ damit eine allmähliche Abkehr vom Anliegen der Judenmission erkennen<sup>40</sup>. Hier spielte möglicherweise die programmatische Erklärung „Luther, das Luthertum und die Juden“ des Lutherischen Weltbundes von 1984 eine Rolle, die als „Wendepunkt im jüdisch-lutherischen Gespräch auf globaler Ebene“ eingeordnet wird<sup>41</sup>. Der 1966 konstituierte Unterausschuss „Judenmission“ der VELKD und des Deutschen Nationalkomitees des LWB war allerdings schon kurz nach

---

<sup>37</sup> Vgl. HERMLE, Kirche, 285–291.

<sup>38</sup> Der sächsische Ausschuss verstand sich als zum Zentralverein gehörig (vgl. KÜTTLER, Judenmission, 279).

<sup>39</sup> Das Wort der Sächsischen Synode ist abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 544f.; das Wort des Bruderrates EBD., 540–545. Vgl. zu diesen Erklärungen HERMLE, Kirche, 315–339; zur Entwicklung der christlich-jüdischen Arbeit in Sachsen LINDEMANN / ARNDT, Geschichte; NIETHER, Juden, 239–250.

<sup>40</sup> Vgl. JUNG, Christen, 255. Die „Erklärung zur Namensänderung“ ist abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 620f. 2001 erfolgte eine erneute Umbenennung in „Evangelisch-lutherischer Zentralverein für Begegnung von Christen und Juden“. Mitglieder sind Zweigvereine in Bayern, Niedersachsen und Nordelbien, die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche und die Leipziger Jüdisch-christliche Arbeitsgemeinschaft.

<sup>41</sup> GREIVE, Wendepunkte, 11. Die Erklärung ist abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 437–440.

seiner Gründung umbenannt worden in Arbeitskreis „Kirche und Judentum“<sup>42</sup>. Dieser Ausschuss unterhielt enge Kontakte in die DDR, die mindestens für die christlich-jüdische Arbeit in der Mecklenburgischen und der Pommerschen Kirche essentiell waren<sup>43</sup>.

Der sächsische „Ausschuss für Mission unter Israel“ als Schwesterinstitution im Osten, die sich praktisch als Organ für die christlich-jüdische Arbeit in den drei lutherischen Landeskirchen im Osten verstand und seit 1950 in Leipzig jährlich Arbeitstagungen zu Kirche und Judentum organisierte, nannte sich 1968 in Arbeitsgemeinschaft „Kirche und Judentum“ um und avancierte ab den 1970er Jahren unter Federführung des Pfarrers Siegfried Theodor Arndt und des Vorsitzenden der Leipziger jüdischen Gemeinde Eugen Gollomb zu einer koordinierenden Institution für die protestantisch-jüdische Arbeit in der DDR, die Vortragsreihen zum Verstehen des Judentums veranstaltete und Arbeitsmaterialien für Gemeinden herausgab<sup>44</sup>. Die 1988 am Theologischen Seminar (ehem. Missionshaus) Leipzig gegründete „Forschungsstelle Judentum“ knüpfte an die judaistische Forschungstradition des „Institutum Judaicum Delitzschianum“ an.

### 3.2 Unierte Landeskirchen

Die frühesten Entwicklungen in Richtung einer christlich-jüdischen Arbeit in den unierten Kirchen im Westen gingen institutionell teils aus dem ebenfalls von Rengstorf angeregten und 1948 als deutscher Zweig des „International Committee on the Christian Approach to the Jews“ gegründeten „Deutschen Evangelischen Ausschuss für Dienst an Israel“ hervor, dem Rengstorf bis zu dessen Auflösung 1982 auch vorstand<sup>45</sup>. Es war das direkte Gespräch mit Juden, das v. a. die ersten vier Tagungen dieses Arbeitskreises in den Jahren 1948 bis 1952 zu einem Impulsgeber für die Weiterentwicklung des christlich-jüdischen Verhältnisses machte. Diese Impulse wurden in regionalen Arbeitskreisen aufgegriffen und selbstständig fortgeführt.

---

<sup>42</sup> Vgl. OSTMEYER, Schuld, 281.

<sup>43</sup> Vgl. EBD., 272–275. In Mecklenburg lag die Federführung in der christlich-jüdischen Arbeit seit den 1970er Jahren bei der Katechetin Christiane Niemann.

<sup>44</sup> Vgl. zur Geschichte der Leipziger Arbeitsgemeinschaft, die sich seit 1990 „Jüdisch-christliche Arbeitsgemeinschaft“ nennt, OSTMEYER, Schuld, 121f., 242–247. Die Sächsische Kirche bemühte sich vergleichsweise intensiv auch um eine Breitenwirksamkeit der christlich-jüdischen Arbeit, z. B. durch die Benennung hierfür verantwortlicher Pfarrer in allen Kirchenkreisen, durch Artikel zum Judentum in der kirchlichen Presse und bereits seit 1946 angebotene Pastoralkollegs zum Thema „Kirche und Synagoge“ sowie Weiterbildungen und Materialien für Katecheten (vgl. EBD., 78f., 94–98, 123, 243).

<sup>45</sup> Vgl. zu diesem Ausschuss und dessen ersten vier Arbeitstagungen GRONAUER, Staat, 97–107; HERMLE, Kirche, 195–250.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle zunächst der 1952/53 unter Federführung des Pfarrers Adolf Freudenberg gegründete „Evangelische Arbeitskreis für Dienst an Israel in Hessen und Nassau“. Es wäre allerdings nicht sachgerecht, Freudenberg lediglich als Empfänger von Impulsen des „Ausschusses für Dienst an Israel“ darzustellen. Freudenberg war u. a. 1947 in die Abfassung der „Seelisberger Thesen“ des soeben gegründeten „Internationalen Rates der Juden und Christen“ als erstem gemeinsamen Statement von Juden und Christen mit programmatischen Aussagen über einen angemessenen Umgang mit dem Thema Juden in Predigt und Katechese<sup>46</sup> involviert, er regte das „Wort zur Judenfrage“ des Bruderrates von 1948 an, er war seit 1949 die treibende Kraft bei dem Bemühen, das Thema Christen und Juden auf der Agenda der Kirchentage unterzubringen, und er gehörte zu den Anregern und Mitverfassern des „Wortes zur Judenfrage“ des Rates der EKD von 1950<sup>47</sup>. Vor diesem Hintergrund hat der Kirchenhistoriker Siegfried Hermle Freudenberg als „Schlüsselfigur für die Beschäftigung der Kirchen mit ihrem Verhältnis zum Judentum“ nach 1945 eingeordnet und im Blick auf Deutschland geurteilt, dass ohne Freudenberg „die ‚Judenfrage‘ in der deutschen evangelischen Kirche nicht [...] in dem Maß zum Thema geworden wäre, wie es tatsächlich geschah“<sup>48</sup>. Ein wichtiger Vertreter der zweiten Generation der christlich-jüdischen Arbeit in Hessen von ebenfalls deutlich über die Landeskirche hinausreichender Bedeutung war der Theologe Martin Stöhr. Der hessische „Arbeitskreis für Dienst an Israel“, der sich 1964 in „Evangelischer Arbeitskreis Kirche und Israel“ umbenannte, avancierte zu einer maßgeblichen Plattform für die Formierung der „Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen evangelischen Kirchentag“<sup>49</sup>.

In besonderer Weise war der 1958 in Berlin (West) von der Landeskirche autorisierte Ausschuss „Dienst an Israel“ – seit 1966 „Berliner Arbeitsgemeinschaft Christen und Juden“ – konstitutiv für die Etablierung der Kirchentagsarbeitsgemeinschaft<sup>50</sup>. Zur Berliner christlich-jüdischen Arbeit ist aber zugleich zu bemerken, dass sich hier unter Federführung des Neutestamentlers Günther Harder bereits 1951/52 ein Arbeitskreis konstituiert hatte, der

---

<sup>46</sup> Abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 646f.

<sup>47</sup> Vgl. HERMLE, Kirche, 251–260 (mit Anm. 145), 369f. (Hermle benennt weitere zentrale Verdienste Freudenbergs um die jüdisch-christliche Arbeit); STÖHR, Arbeitsgemeinschaft, 33f.; DERS., Notwendigkeiten, 54–67, 83.

<sup>48</sup> HERMLE, Kirche, 369; ausführlicher zur Bedeutung Freudenbergs vgl. HERMLE, Bruder; STÖHR, Juden.

<sup>49</sup> Seit 2009 „ImDialog“.

<sup>50</sup> Auf die Initiative des Berliner Ausschusses „Dienst an Israel“ ging auch die 1960 erfolgte Gründung des Berliner „Instituts Kirche und Judentum“ zurück, dessen Leiter von 1974 bis 2007 Peter von der Osten-Sacken war (vgl. OSTEN-SACKEN, Institut).

sich um die Verbreitung der „Schwalbacher Thesen“ bemühte<sup>51</sup> – jener Thesen also, die 1950 in Anknüpfung an die bereits erwähnten „Seelisberger Thesen“ von katholischen und evangelischen Theologen und Pädagogen im Sinne einer Selbstverpflichtung zur Bekämpfung von Antijudaismus in allen Bereichen der Gesellschaft formuliert worden waren<sup>52</sup>. Es handelte sich um eine Initiative mehrerer GCJZ, die auf Einladung von Adolf Freudenberg in Bad Schwalbach zusammengekommen waren. Diese Wurzel der Berliner christlich-jüdischen Initiative wirft ein Schlaglicht auf den Beginn dessen, was der katholische Theologe Hans Hermann Henrix die „unterirdische Arbeitsgemeinschaft“ evangelischer und katholischer Basisinitiativen zum christlich-jüdischen Verhältnis genannt hat<sup>53</sup>, wie sie sich 1971 im Kontext des „Augsburger Pfingsttreffens“ – des ersten ökumenischen Kirchentags – im Gegenüber von Gesprächskreis „Juden und Christen beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ und „Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen evangelischen Kirchentag“ dann institutionalisierte<sup>54</sup>. Der Anfang dieser Kooperation ist nicht getrennt denkbar vom Katholikentag in Mainz 1948 und der mit diesem einsetzenden Publikation der „Freiburger Rundbriefe“ durch die Volkswirtin und Pazifistin Gertrud Luckner<sup>55</sup>.

Die dritte unierte Kirche, die für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft beim Kirchentag personell maßgeblich war, war die Rheinische Kirche. Unter konfessionellen Gesichtspunkten ist die Rheinische Kirche deshalb interessant, weil es hier Impulse aus den niederländischen reformierten Kirchen waren, die zur Aufnahme einer christlich-jüdischen Arbeit führten<sup>56</sup>. Der theologische Ausschuss der Rheinischen Landessynode sah sich für die christlich-jüdische Arbeit verantwortlich und veranlasste die Landessynode 1965 dazu, die EKD um die Einsetzung einer Studienkommission zu bitten, „die das Verhältnis der Kirche zum Judentum theologisch klären soll“<sup>57</sup>. Diese Genese der dann tatsächlich eingesetzten Studienkommission und der Studie „Christen und Juden“ der EKD von 1975 gibt Aufschluss über die Hintergründe der Tatsache, dass es sich hier nur um ein langwierig

---

<sup>51</sup> Vgl. OSTEN-SACKEN, Institut, 8.

<sup>52</sup> Abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 547–650. Vgl. hierzu STÖHR, Notwendigkeiten, 63–65.

<sup>53</sup> HENRIX, Arbeitsgemeinschaft.

<sup>54</sup> Vgl. hierzu HEINZ, Gottes, 14.; KAMMERER, Haare, 74f.; STÖHR, Notwendigkeiten, 105f.

<sup>55</sup> Vgl. hierzu EBD., 173f.; JUNG, Christen, 234f., 243; RICHTER, Kirche, 12; STÖHR, Notwendigkeiten, 66f.

<sup>56</sup> Vgl. ZANDER, Philosemitismus, 135, 137, 239. Heinz Kremers, maßgeblicher Nestor der christlich-jüdischen Arbeit im Rheinland, nennt als wichtige Impulse die Kirchenordnung der niederländischen Reformierten Kirche von 1951 und die 1959 in den Niederlanden und 1961 in Zürich in deutscher Übersetzung erschienene Publikation *Israel und die Kirche* (vgl. KREMERS, Eigenart, 13f.). Zur Vorreiterrolle der reformierten Kirchen im christlich-jüdischen Dialog vgl. JUNG, Christen, 254.

<sup>57</sup> ZANDER, Philosemitismus, 135f., hier 136.

auszuhandelndes Kompromisspapier handeln konnte – denn die EKD musste in die Studienkommission außer Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft des Kirchentags, die weitgehend uniert waren, auch Vertreter der Judenmission, die dem lutherischen Lager zugehörten, berufen<sup>58</sup>. Der Impuls für die Entstehung des Rheinischen Synodalbeschlusses von 1980 war die Absicht, eine klarere Stellungnahme zum christlich-jüdischen Verhältnis zu verfassen, als sie mit der EKD-Studie vorlag<sup>59</sup>.

Die aus heutiger Perspektive zukunftsweisende Erklärung der Rheinischen Synode von 1980, der sich im Rheinland 1983 und 1988 weitere Synodalerklärungen und 1987 auch eine Änderung der Kirchenordnung anschlossen, hat mit ihrem konsequent dialogischen Ansatz zeitgenössisch sehr kontroverse Reaktionen ausgelöst<sup>60</sup>. Es waren bekanntlich nicht nur evangelikale Kreise, die ablehnend reagierten<sup>61</sup>, sondern auch akademische Theologen. Eine Rezeption des Rheinischen Beschlusses durch andere Landeskirchen erfolgte nur zögerlich: 1984 durch die Badische Synode und die Synode der Brandenburgischen Kirche (West) sowie – wenig verwunderlich – durch den Landeskirchenrat der Reformierten Kirche<sup>62</sup>. Von 1984 bis 1990 dauerte der sich anschließende Diskussionsprozess mit jüdischer Beteiligung über Leitsätze zum Thema „Wir und die Juden – Israel und die Kirche“ im Reformierten Bund, die die theologischen Aussagen des Rheinischen Synodalbeschlusses theologisch weiterführten<sup>63</sup>. Lutherische Landeskirchen rezipierten den Rheinischen Synodalbeschluss

---

<sup>58</sup> Der theologische Ausschuss der Rheinischen Kirche hatte ursprünglich vorgeschlagen, die AG Kirchentag mit der Ausarbeitung der Studie zu betrauen. Vgl. zur Studie der EKD als Kompromisspapier GRONAUER, Staat, 368, 379; HINZ, Entdeckung, Teil I, 183; JUNG, Christen, 252; KAMMERER, Haare, 102f.; KREMERS, Eigenart, 16f. Die Synode der EKD hat erst 2016 einen Beschluss gegen die Judenmission gefasst.

<sup>59</sup> Vgl. ZANDER, Philosemitismus, 144.

<sup>60</sup> Zur Erklärung der Rheinischen Synode von 1980 siehe oben Anm. 6; zum dialogischen Ansatz siehe unten Abschnitt 3.3; zur kontroversen Rezeption vgl. KRIENER / SCHMIDT, Namens; KREMERS, Eigenart, 14f.; OELKE, Schuld, 19; ZANDER, Philosemitismus, 149–171; aus der Perspektive der östlichen Landeskirchen HINZ, Entdeckung, Teil I, 184–195 u. Teil II, 2–18. Die Erklärungen von 1983, 1987 und 1988 sind abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 605f.; HENRIX / KRAUS, Kirchen, 556–561.

<sup>61</sup> Vgl. zum missionarischen Philosemitismus in Pietismus und Evangelikalismus und dessen bis in die Gegenwart wachsender Bedeutung u. a. JUNG, Christen, 255f.; ZANDER, Philosemitismus, 299–308. Der Artikel „Judenmission“ in Wikipedia bietet zahlreiche Belege für diese Entwicklungen.

<sup>62</sup> Vgl. RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 609–616. In der Badischen Landeskirche war die Verpflichtung zur „Begegnung mit der Judenheit“ bereits 1972 in die Grundordnung aufgenommen worden (vgl. BARKENINGS, Neupositionierung, 53f., hier 53). Schlüsselfigur der Etablierung des christlich-jüdischen Dialogs auf evangelischer Seite war hier der Pfarrer Hermann Maas (vgl. JUNG, Christen, 238; KELLER, Leben). Zum Rezeptionsprozess des Rheinischen Synodalbeschlusses im Überblick vgl. BARKENINGS, Neupositionierung; KRAUS, Synodalbeschluss. Hiervon zu unterscheiden sind die Äußerungen etlicher Landeskirchen zum 50. Gedenken an die Pogromnacht 1988 (siehe oben Anm. 28).

<sup>63</sup> Abgedruckt in EBD., 616–620; HENRIX / KRAUS, Kirchen, 603–612. Vgl. hierzu JUNG, Christen, 254; ZANDER, Philosemitismus, 308–313. 1988 erfolgte eine Änderung der Kirchenverfassung der Ev.-Reformierten Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland (abgedruckt in HENRIX / KRAUS, Kirchen, 566–568; vgl. hierzu BARKENINGS, Neupositionierung, 48f.). Die hierbei relevante Israellehre Karl Barths (vgl. hierzu JUNG, Christen, 256–258)

erst seit den 1990er Jahren. Für die ostdeutsche Seite stellte der Magdeburger Theologe und maßgebliche Beförderer der christlich-jüdischen Arbeit in der DDR Christoph Hinz 1988 enttäuscht fest: „Noch keine DDR-Kirche hat das Thema der Rheinischen Synode 1980 aufgenommen.“<sup>64</sup> Angesichts dieser Befunde für West und Ost ist es nicht verwunderlich, dass Protagonisten des jüdisch-christlichen Gesprächs noch in den späten 1980er Jahren skeptisch waren, ob „der neue christlich-jüdische Dialog in der evangelischen Theologie in Deutschland“ nicht „eine vorübergehende Erscheinung sein wird“<sup>65</sup>.

In der DDR hatten sich seit den 1970er Jahren noch zwei Zentren des jüdisch-christlichen Dialogs in unierten Kirchen etabliert, und zwar in Magdeburg (EKKPS) und in Berlin (EKiBB Ost). Die Kirchenprovinz Sachsen ist hier zunächst im Blick auf den von dem Konsistorialpräsidenten und Präses der Synode Lothar Kreyszig auf der Synode der EKD 1958 eingebrachten Aufruf zur Gründung von „Aktion Sühnezeichen“ als, wie er es verstand, „Verkörperung gelebten Tatchristentums“ zu erwähnen<sup>66</sup>. Die Liste der EKD-Synodalen, die den Aufruf unterzeichnet haben, weist aus, dass die Initiative in überproportional hohem Maße von Delegierten aus den DDR-Kirchen getragen worden war<sup>67</sup>, so dass die Aktion-Sühnezeichen-Gründung insgesamt durchaus als ein deutsch-deutscher Impuls von Ost nach West einzuordnen ist. Die unterschiedlichen Entwicklungen von „Aktion Sühnezeichen“ in Ost und West sind in Anton Legerers Untersuchung nachzulesen. Für den östlichen Zweig sind die enge Kooperation mit dem Leiter der Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel im bischöflichen Amt Magdeburg Günter Särchen seit den 1960er Jahren, die erhebliche politische Relevanz und das hohe Engagement für die Vermittlung von Basiswissen über das Judentum und jüdisch-christliche Themen zu betonen<sup>68</sup>. Singulär in der DDR entstand 1976 in der Kirchenprovinz Sachsen ein stark gemeindeorientierter Arbeitskreis „Kirche und Judentum“ in kirchenleitender Verantwortung und mit jüdischer sowie katholischer Beteiligung<sup>69</sup>. Auf einem von diesem Arbeitskreis entworfenen „Wort an die Gemeinden“

---

spielte teils auch auf katholischer und jüdischer Seite für die theologische Neubestimmung des Verhältnisses von Christentum und Judentum eine zentrale Rolle (vgl. EBD., 237; RICHTER, Kirche, 25).

<sup>64</sup> HINZ, Entdeckung, Teil II, 27.

<sup>65</sup> KREMERS, Eigenart, 15; zum größeren Kontext sich verschlechternder Beziehungen zu Israel und neuer antisemitischer Ressentiments in Deutschland in den 1980er Jahren vgl. KAMMERER, Haare, 111–122.

<sup>66</sup> Vgl. zur „Aktion Sühnezeichen“ in Ost und West LEGERER, Tatort, hier 47. Der Text des Aufrufs EBD., 483–485.

<sup>67</sup> Vgl. EBD., 32–46, 485–487.

<sup>68</sup> Vgl. beispielhaft SÄRCHEN, Volk, das u. a. Auszüge aus dem 1983 in der BRD erschienenen Buch *Was jeder vom Judentum wissen muss* enthielt, sowie RICHTER / SÄRCHEN, Kirche.

<sup>69</sup> OSTMEYER, Schuld, 257–263. Zentrale Rollen spielten hier auf evangelischer Seite neben Christoph Hinz, OKR Christfried Berger und auf jüdischer Seite Gunther Helbig sowie Hans-Joachim Levy.

zum 40-jährigen Gedenken an die Pogromnacht basierte das in seinen Aussagen dahinter aber zurückbleibende Wort des BEK zu diesem Anlass; beide wurden vom Wort der EKD rezipiert<sup>70</sup>. Die in der DDR verfassten Erklärungen standen im Widerspruch zur Geschichtsideologie und zur antizionistischen Politik des SED-Staates. Ebenfalls zum Pogromnachtgedenken von 1978 erschienen in Magdeburg zwei Hefte für die Gemeindeglieder, die nicht nur in der DDR weit verbreitet waren, sondern auch in der BRD nachgedruckt wurden und in ihrer Art einzigartig waren<sup>71</sup>.

Die sich seit der Mitte der 1970er Jahre in Ost-Berlin etablierende christlich-jüdische Arbeit war schon deshalb von besonderer Relevanz, weil die Ost-Berliner jüdische Gemeinde die größte unter den acht jüdischen Gemeinden in der DDR war und aufgrund der finanziellen Unterstützung durch den Berliner Magistrat zudem über deutlich bessere Ressourcen und Möglichkeiten als die übrigen Gemeinden verfügte<sup>72</sup>. Strukturell singulär war bei der 1975 zunächst als Freundeskreis entstandenen Berliner Arbeitsgemeinschaft „Judentum und Christentum“ zum einen, dass sie von Anfang an eben diese Reihenfolge – zuerst Judentum, dann Christentum – in ihrem Namen wählte, und zum anderen, dass ihre Gründung eine Reaktion auf die bereits erwähnte UNO-Resolution vom November 1975 war, sie mit anderen Worten eindeutig „politische Motive“ hatte<sup>73</sup>. Die federführenden Akteure waren hier auf jüdischer Seite der Gemeindeglieder und Arzt Peter Kirchner und auf christlicher Seite der Pfarrer Johannes Hildebrandt. Ab 1980 unter landeskirchlichem Dach agierend, blieben politische Anliegen für die Berliner Arbeitsgemeinschaft zwar stets im Blick, rückte der Einsatz für einen Abbau antijudaistischer Positionen in der Kirche mit Weiterbildungsangeboten über das Judentum jedoch in den Vordergrund. Mitte der 1980er Jahre regte die Arbeitsgemeinschaft die Synode der EKIBB Ost zur Erarbeitung der eingangs erwähnten Richtlinien „Zur Erneuerung des Verhältnisses zum Judentum“ an, die 1990 verabschiedet wurden und eine klare Absage an theologischen Antijudaismus enthielten,

---

<sup>70</sup> Diese drei Verlautbarungen sind abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 587–592. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten vgl. ARNDT, Shoah, 61; OSTMEYER, Schuld, 51–53; TÖLLNER, Barbarei, 221–223.

<sup>71</sup> Vgl. OSTMEYER, Schuld, 168–170, 175, 258f.; TÖLLNER, Barbarei, 221. Die Kirchenleitung der EKKPS initiierte 1979 zudem eine Arbeitsgruppe „Spurensuche“, die 1982 eine Wanderausstellung über jüdisches Leben präsentierte und ihre Arbeit 1984 als „Ökumenische Kommission für jüdische Regionalgeschichte im Gebiet des ehemaligen Sachsen-Anhalt“ fortsetzte (vgl. OSTMEYER, Schuld, 187f., 260f.).

<sup>72</sup> Vgl. KIRCHNER, Minorität, 33f.

<sup>73</sup> HILDEBRANDT, Gespräch, 140. Vgl. zur Berliner Arbeitsgemeinschaft auch OSTMEYER, Schuld, 151–161, 248–256, 237–240.

was ein Novum in Ostdeutschland darstellte<sup>74</sup>. Daneben kennzeichneten die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft praktische Aktionen wie die Organisation landeskirchlicher Geldsammlungen u. a. für den jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee und für die Bibliothek der jüdischen Gemeinde oder der erfolgreiche Kampf gegen den Plan des SED-Staates, über den Weißenseer Friedhof, der bekanntlich der größte jüdische Friedhof in Europa ist, eine Autobahn zu führen.

### 3.3 Öffnung für den Dialog mit Juden

Inhaltlich entscheidend war, dass die Erklärung der Rheinischen Synode von dem 1976 im Rheinland<sup>75</sup> eingesetzten Ausschuss „Christen und Juden“ verfasst wurde, dem auch Juden angehörten. Hinsichtlich des Anliegens einer unmittelbaren, dialogischen Begegnung mit Juden handelte es sich bei der Erklärung der Rheinischen Synode um eine Fortschreibung des entsprechenden Impulses der Kirchentags-Arbeitsgemeinschaft, was schon deshalb nicht verwunderlich war, weil es zwischen dieser und dem Rheinischen Ausschuss „Christen und Juden“ deutliche personelle Überschneidungen gab<sup>76</sup>. Die institutionellen Allianzen, in denen sich die Kirchentags-Arbeitsgemeinschaft hinsichtlich des Bemühens um „Begegnung von Juden und Christen“ von Anfang an sah, gehen hervor aus der entsprechenden Auflistung in der 1962 erschienenen, von Helmut Gollwitzer als federführendem Theologen des christlich-jüdischen Dialogs nach Freudenberg herausgegebenen Dokumentation der Kirchentagsarbeit<sup>77</sup>. Neben den GCJZ sind hier u. a. auch die Ausschüsse für „Dienst an Israel“ gelistet. Mit dem Titel „Der ungekündigte Bund“ weist die Publikation auf die zentrale theologische Denkfigur des Dialogs hin.

Unter den in der Publikation gelisteten Mitgliedern kommen nur Personen aus der BRD vor – faktisch hat es ursprünglich aber auch einzelne Teilnehmer aus der DDR und Impulse der Kirchentags-Arbeitsgemeinschaft in die DDR gegeben. Eine entscheidende Brückenfigur nach Sachsen und ursprünglich Mitglied der Kirchentagsarbeitsgemeinschaft war z. B. der Dresdner Pfarrer Fritz Schultz, der die frühen Entwicklungen in Sachsen in Richtung einer

---

<sup>74</sup> Vgl. hierzu HILDEBRANDT, Gespräch, 141 u. oben Anm. 32. Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Ost-Berlin war bereits 1961 eine Absage an die Judenmission formuliert worden (vgl. OSTMEYER, Schuld, 206).

<sup>75</sup> Siehe oben Anm. 6 u. Abschnitt 3.2.

<sup>76</sup> Vgl. u. a. KAMMERER, Haare, 100f., 104.

<sup>77</sup> GOLDSCHMIDT / KRAUS, Bund, 305–307, hier 305. Hinweise auf Wegbereiter des christlich-jüdischen Dialogs im Überblick bieten HINZ, Entdeckung, Teil I, 179; JUNG, Christen, 237–239; ZANDER, Philosemitismus, 315–367. Auf jüdischer Seite sind nach Martin Buber und Leo Baeck v. a. Ernst Ludwig Ehrlich, Robert Raphael Geis, Eva Reichmann, Schalom Ben-Chorin und Nathan Peter Levinson zu nennen.

Orientierung der christlich-jüdischen Arbeit auf „Begegnung statt Bekehrung“ zweifellos befördert hat<sup>78</sup>. In Pommern gab der Kirchentag überhaupt den Anstoß für eine christlich-jüdische Arbeit<sup>79</sup>. Strukturell basierten alle christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften in ostdeutschen Landeskirchen auf dem Begegnungsprinzip, insofern sie sich – wie bereits erwähnt – als Einzelinitiativen von Pfarrern und jüdischen Gemeindeleitern vor Ort etablierten<sup>80</sup>. Unter diesen stellte der 1981 gegründete Dresdner Arbeitskreis „Begegnung mit dem Judentum“ insofern eine Besonderheit dar, als es sich – wie der Name bereits verdeutlicht – um eine dezidiert nichtkirchliche Gründung, also sozusagen um eine in Eigeninitiative entstandene GCJZ, handelte<sup>81</sup>. Auf jüdischer Seite war hier der Historiker Helmut Eschwege federführend, der 1984 zusammen mit dem Leipziger kirchlichen Nestor der christlich-jüdischen Arbeit Siegfried Theodor Arndt die Buber-Rosenzweig-Medaille erhielt<sup>82</sup>. Das spricht dafür, dass die christlich-jüdische Arbeit in Sachsen in der BRD mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wurde.

### 3.4 Relevanz politischer Rahmenbedingungen und Implikationen sowie antisemitischer Haltungen und Handlungen

Im Kontext politischen Engagements christlich-jüdischer Arbeit in der DDR ist auch die kritische Benennung der antizionistischen und damit latent antisemitischen Propaganda des SED-Staates zu erwähnen, z. B. in einem Beschluss der Greifswalder Synode von 1985<sup>83</sup>. Sie weist in den weiten Kontext politischer Implikationen christlich-jüdischer Arbeit in der DDR angesichts der massiven Instrumentalisierungspolitik des SED-Staates gegenüber den Juden, von der eingangs die Rede war. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auf jüdischer Seite offenbar der Eindruck dominierte, dass im Osten „wirklich eine neue Gesellschaftsordnung ihren Einzug halten sollte“<sup>84</sup>, die DDR m. a. W. hinsichtlich ihrer antifaschistischen Doktrin tatsächlich die „(bessere) Alternative zur Bundesrepublik“ war<sup>85</sup> – entsprechend dem seit

---

<sup>78</sup> LINDEMANN / ARNDT, Geschichte, B 37. Dies war der Titel eines 1964 von Oepkes Nachfolger Gerhard Küttler in Leipzig gehaltenen Vortrags.

<sup>79</sup> Vgl. OSTMEYER, Schuld, 275.

<sup>80</sup> Der erste jüdisch-christliche Gottesdienst in der DDR fand 1978 in Leipzig statt, in der BRD bereits 1967 in Berlin als Spontanreaktion auf den Ausbruch des Sechstagekrieges (vgl. EBD., 169–171, 245; sowie KAMMERER, Haare, 80).

<sup>81</sup> Vgl. EBD., 185f., 188f., 263–266; STELLMACHER, Woche.

<sup>82</sup> Vgl. LINDEMANN / ARNDT, Geschichte, B 38; zur politischen Relevanz dieses Aktes NIETHER, Juden, 247.

<sup>83</sup> Abgedruckt in HENRIX / KRAUS, Kirchen, 550f. Vgl. hierzu OSTMEYER, Schuld, 71.

<sup>84</sup> KIRCHNER, Minorität, 29.

<sup>85</sup> NIETHER, Juden, 196.

1968 virulenten Motto des SED-Staates, dass die DDR im Gegensatz zur BRD und zu Israel die „wahre Heimstatt der Bürger jüdischen Glaubens“ sei<sup>86</sup>. Dies schloss eine Verdrängung antisemitischer Haltungen und Handlungen in der DDR auch auf Seiten der jüdischen Gemeinden<sup>87</sup> und eine gezielte Instrumentalisierung derselben zur Anprangerung von Antisemitismus in der BRD ein<sup>88</sup>.

Die vielfach anzutreffende politische Loyalität von jüdischen Gemeinden in der DDR nährte der SED-Staat durch gezielte Zuwendungen über die Etikettierung von Juden als „Opfer des Faschismus“, wobei Judentum ausschließlich religiös definiert wurde, während bei der Ausformulierung der antizionistischen Politik des SED-Staates Parteifunktionäre jüdischer Herkunft federführend waren<sup>89</sup>. Spätestens seit dem Sechstagekrieg fühlten sich die jüdischen Gemeinden „zu einer Ergebenheitsadresse an den Staat verpflichtet“<sup>90</sup>. Dies stellte nicht nur ein Problem für den Kontakt mit christlichen Gemeinden in der DDR, die die Antifaschismuskonzeption des SED-Staates in der Regel kritischer bewerteten, dar, sondern führte auch zu erheblichen Vorbehalten der westlichen gegenüber den östlichen jüdischen Gemeinden. Bereits in den frühen 1960er Jahren kam es sogar zum Abbruch der Beziehungen zwischen dem Verband jüdischer Gemeinden in der DDR und dem Zentralrat der Juden in Deutschland<sup>91</sup>.

Bei Lichte besehen kann nicht davon die Rede sein, dass die jüdischen Gemeinden und Gemeindevorsteher in der DDR alle und zu jeder Zeit eine rein systemloyale Haltung eingenommen haben. So verweigerte der jüdische Gemeindeverband trotz erheblichen politischen Drucks 1967 z. B. die Unterschrift unter einen von Albert Norden formulierten Protest gegen den Sechstagekrieg, wobei der Leipziger Gemeindeleiter Eugen Gollomb

---

<sup>86</sup> Zitiert nach HARTEWIG, Geschichte, 5.

<sup>87</sup> Hinweise auf Antisemitismus in der DDR-Bevölkerung finden sich allenthalben, vgl. u. a. KIRCHNER, Minorität, 33; NOLL, Früchte; OSTMEYER, Schuld, 167f.; MERTENS, Jugend, 203–206; NIETHER, Juden, 258–263; SCHMIDT, Antisemitismus.

<sup>88</sup> Ein extremes Beispiel hierfür stellt die angeblich vom Verband jüdischer Gemeinden in der DDR veröffentlichte Publikation *Antisemitismus in Westdeutschland* dar. Es ist sowohl formal als auch inhaltlich mehr als unwahrscheinlich, dass diese „Dokumentation“ tatsächlich von den jüdischen Gemeinden der DDR vorbereitet und herausgegeben worden ist. Dass es sich um eine SED-Propagandaschrift handelte, ist auch deshalb evident, weil die Publikation zudem in englischer, französischer, spanischer und russischer Sprache erschienen ist. Ostmeyer weist darauf hin, dass die antisemitischen Ausschreitungen in der BRD 1960 vom MfS der DDR organisiert worden sind (vgl. OSTMEYER, Schuld, 50, Anm. 64).

<sup>89</sup> Vgl. hierzu u. a. BENZ, Antisemitismus; HARTEWIG, Geschichte; KIRCHNER, Minorität, 31f.; MASER, Juden, 425f.; MERTENS, Jugend, 194–197; DERS., Kinder, 286; NIETHER, Juden, 183–218; OSTMEYER, Schuld, 111f. Zu den Parteifunktionären jüdischer Herkunft, die sich dezidiert von den jüdischen Gemeinden abwandten, gehörten z. B. Albert Norden, der Sohn eines Rabbiners war, Hermann Axen, Jürgen Kuczynski und Klaus Gysi.

<sup>90</sup> HARTEWIG, Geschichte, 5.

<sup>91</sup> Vgl. hierzu u. a. ARNDT, Shoa, 62; KIRCHNER, Minorität, 30f.; NIETHER, Juden, 189–191; OSTMEYER, Schuld, 199.

offenbar eine wichtige Rolle spielte. Auch auf Dauer galten er und die Leipziger jüdische Gemeinde wegen ihrer israelfreundlichen Haltung als ein Politikum<sup>92</sup>. Die jüdischen Gemeinden veröffentlichten ein „Nachrichtenblatt“ mit einem „gesellschaftlichen Vorwort“, in dem auch politisch abgrenzende Äußerungen vorkamen<sup>93</sup>. Gerade der Eintritt jüdischer Gemeindevorsteher und Gemeinden in der DDR in einen Dialog mit christlichen Gemeinden seit den 1970er Jahren bedeutete regelmäßig einen Eintritt in Gesprächskontexte, in denen eine kritische Auseinandersetzung mit dem SED-Staat an der Tagesordnung war, was namentlich die Entlarvung der antifaschistischen Doktrin als Ideologem einschloss. Christlich-jüdische Kontakte an der Basis wurden vom SED-Staat deshalb mit größtem Misstrauen beobachtet<sup>94</sup>.

Zweifellos kann man sowohl für den Osten als auch für den Westen sagen, dass der politische Kurs des Staates Israel seit 1967 eine dauerhafte Herausforderung für die christlich-jüdische Arbeit in Deutschland darstellte, im Zuge derer die Relevanz politischer gegenüber theologischen Prämissen ständig wuchs<sup>95</sup>. Auf beiden Seiten der Mauer kam ab diesem Zeitpunkt der Topos vom Vergleich der Politik des Staates Israel mit dem Nationalsozialismus in Deutschland auf<sup>96</sup>. Der Rabbiner und Pionier des jüdisch-christlichen Dialogs Nathan Peter Levinson konstatierte 1969 vor dem Hintergrund einer aus seiner Sicht wachsenden Verschiebung des Fokus von theologischen auf politische Aspekte: „Im Gegensatz zu landläufigen Überzeugungen waren die Spannungen zwischen Juden und Christen, bzw. Israel und den christlichen Kirchen noch nie so ernst.“<sup>97</sup> Angesichts sich weiter verschlechternder Beziehungen zum Staat Israel und damit auch zwischen Christentum und Judentum in Deutschland sprach er in den frühen 1980er Jahren von einer „Schönwetterfreundschaft“ in den vorangegangenen Jahren<sup>98</sup>.

Antisemitische Haltungen und vor allem Handlungen wie Schändungen jüdischer Friedhöfe hingegen veranlassten Christen in Ost und West mittel- und unmittelbar zu Erklärungen, die vor dem Hintergrund der in der NS-Zeit auf sich geladenen Schuld vor derartigen Entwicklungen warnten, Zusammenhänge mit christlichem Antijudaismus

---

<sup>92</sup> Vgl. hierzu NIETHER, Juden, 187f.

<sup>93</sup> Vgl. HILDEBRANDT, Gespräch, 143f.

<sup>94</sup> Vgl. hierzu zusammenfassend MASER, Juden, 423f.; NIETHER, Juden, 249f.

<sup>95</sup> Für den Westen vgl. hierzu im Überblick GRONAUER, Staat.

<sup>96</sup> Vgl. EBD., 385, 397; KAMMERER, Haare, 116f.; NIETHER, Juden, 186.

<sup>97</sup> LEVINSON, Jahre, 153.

<sup>98</sup> KAMMERER, Haare, 116.

thematisierten und zum Dialog mit Juden aufforderten. Nur beispielhaft seien hierfür die Erklärung gegen Antisemitismus der Provinzialsynode der EKIBB aus dem Jahr 1960 sowie deren Diskussion und Empfehlung durch die Synode der EKD genannt<sup>99</sup>.

#### 4. Beobachtungen zur Thüringer Landeskirche

Da hier in besonderer Weise die Thüringer Landeskirche im Blickpunkt des Interesses steht, seien hier einige Beobachtungen zur Entwicklung des christlich-jüdischen Verhältnisses in dieser Landeskirche gesondert erwähnt. Zunächst ist festzustellen, dass in Thüringen erst spät, nämlich 1987, und zwar in Erfurt, das zur EKKPS gehörte, eine Arbeitsgemeinschaft „Kirche und Judentum“ gegründet wurde<sup>100</sup>. Anlass für diese Gründung war der Besuch von Schalom Ben-Chorin in Eisenach, dessen Frau Avital (geb. Erika Fackenheim) aus Eisenach stammte, im Jahr 1986. Vorrangiges Ziel der Gründung, für die Raphael Scharf-Katz – seit 1985 Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen – ein wichtiger Impulsgeber war, war die Vorbereitung des 50-jährigen Pogromnachtgedenkens. In Erfurt hatte es bereits seit den späten 1970er Jahren Initiativen einzelner Pfarrer, v. a. Jugend- und Studentenpfarrer, für eine christlich-jüdische Arbeit gegeben, aber dabei handelte es sich faktisch um provinzsächsische Aktivitäten. In der Thüringer Landeskirche existierten seit den 1960er Jahren nur Einzelinitiativen zu einer christlich-jüdischen Arbeit von Pfarrern, die bei der Kirchenleitung keine Beachtung oder Unterstützung fanden.

Man kann also ohne Übertreibung von einer auffälligen Abstinenz der Thüringer Kirche in Sachen christlich-jüdische Arbeit sprechen, für die es zahlreiche weitere Symptome gab. Hierzu gehörten ein Thüringer Sonderweg im Blick auf den Lehrplan für die kirchliche Unterweisung und das Fehlen von Artikeln zum Thema Judentum in der Kirchenzeitung – die auch nicht über den Besuch Ben-Chorins 1986 in Eisenach berichtete – sowie im Amtsblatt. Die Rundbriefe des Landesbischofs griffen das Thema Judentum nicht auf<sup>101</sup>. Die Artikel, die in der Thüringer Kirchenzeitung anlässlich der Pogromnachtgedenken 1978 und 1988

---

<sup>99</sup> Die Erklärung der Synode der EKIBB ist abgedruckt in RENDTORFF / HENRIX, Kirchen, 551f. Vgl. hierzu OSTMEYER, Schuld, 50f., 56f. Zu antisemitischen Kontinuitäten in der BRD vgl. u. a. HERMLE, Kirche, 57–63; KOCK, Annäherung, 47, 56; LEVINSON, Jahre, 157f.; SIRSCH, Vergessen, 116–119. Zu Antisemitismus in der DDR siehe oben Anm. 87.

<sup>100</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden OSTMEYER, Schuld, 172, 266–271. Dieser Arbeitskreis wird heute unter den GCJZs geführt, firmiert aber unter einer KLAK-Mailadresse. Die Angabe in MÜNZ / SIRSCH, Bedeutung, 263, dass der Arbeitskreis 1983 gegründet worden sei, lässt sich nicht verifizieren.

<sup>101</sup> Vgl. zu diesen Beobachtungen und zum Folgenden OSTMEYER, Schuld, 100–103, 124f.; SEIDEL, Übergang, 275.

erschienen, wiesen eine auffällige Tendenz zu einer systemkonformen Sicht auf das Judentum auf. Anlässlich des Pogromnachtgedenkens von 1988 verabschiedete die Thüringer Synode in Anknüpfung an das gemeinsame Wort vom BEK und der EKD erstmalig eine Erklärung im Blick auf die eigenen, historischen Verstrickungen in die Schuld an den Juden, die es aufzuarbeiten gelte<sup>102</sup>. Theologische Überlegungen implizierte dies nicht, wohl aber eine Aufforderung zur Erneuerung des Verhältnisses „zu Volk und Staat Israel“ und eine „Absage an jede Form von Feindbildern und neofaschistischen Erscheinungen“<sup>103</sup>. Ein in diesem Kontext im Amtsblatt erschienener Artikel plädierte für Judenmission als entscheidendes Mittel gegen Judenhass<sup>104</sup>.

Es liegt nahe, dass diese Entwicklungen langfristige Folgen früher Weichenstellungen in Thüringen waren, die vermutlich mehr oder weniger direkt mit weitergehenden Einflüssen Walter Grundmanns und anderer ehemaliger Mitarbeiter des Entjudungsinstituts zu tun hatten<sup>105</sup>. Für die Frühzeit fällt mindestens auf, dass die Thüringer Kirche sich bei ihren Entnazifizierungsmaßnahmen dezidiert an der Landesgesetzgebung orientierte, zugleich aber das in Deutschland hier singuläre Gesetz zur Entschädigung „rassisch, religiös wie politisch Verfolgter“ außen vor ließ, und dass der Landeskirchenrat die Weißenseer Erklärung von 1950 ohne die Absage an den Antisemitismus drucken ließ<sup>106</sup>.

## 5. Schlussbemerkung

Im Blick auf die katholische Kirche scheint klar zu sein, dass die Etablierung eines christlich-jüdischen Gesprächs auch in Deutschland ein Ergebnis der Erklärung „Nostra aetate“ des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1965 gewesen ist. Der jüdische Schweizer Judaist Ernst Ludwig Ehrlich meinte 1982 vor diesem Hintergrund: „Die katholische Kirche ist eine hierarchisch strukturierte Institution. In diesem konkreten Fall ist das durchaus segensreich.“<sup>107</sup> Der Generalsekretär des ÖRK Willem Adolf Visser t’Hooft soll unmittelbar nach der Erklärung des Konzils über diese gestaunt und geäußert haben:

---

<sup>102</sup> Vgl. hierzu OSTMEYER, Schuld, 57f.; SEIDEL, Übergang, 276.

<sup>103</sup> Siehe den Abdruck in OSTMEYER, Schuld, 329f., hier 330.

<sup>104</sup> Vgl. OSTMEYER, Schuld, 80, 212.

<sup>105</sup> Vgl. zu diesem Aspekt v. a. BORMANN, Grundmann; OSTEN-SACKEN, Lästerung, 339–347; SCHENK, Jesus, 240–279; SCHUSTER, Lehre, 253–277; SEIDEL, Entnazifizierungsakte; DERS., Übergang, 266–276. Grundmann war von 1954 bis 1974 Leiter des Katechetenseminars auf dem Hainstein in Eisenach.

<sup>106</sup> Vgl. SEIDEL, Übergang, 273, 275.

<sup>107</sup> EHRLICH, Katholiken, 61f.

„Sie ist theologisch revolutionär und bewundernswert. Für eine solche oder ähnliche positive Verhältnisbestimmung der Kirche zum jüdischen Volk würde ich leider heute auf einer Vollversammlung der Ökumene keine Mehrheit bekommen.“<sup>108</sup>

Die protestantisch-jüdische Arbeit im geteilten Deutschland wird, wie wir gesehen haben, jedenfalls in der EKD teils aber durchaus als maßgeblich von kirchenleitender Seite eingebrachte Initiative dargestellt. Daneben finden sich für die DDR generell, aber auch für die BRD deutliche Hinweise auf Initiativen von unten, die letztlich ausschlaggebend für kirchenleitendes Handeln waren<sup>109</sup>. Bei Lichte besehen finden sich Hinweise auf solche Initiativen auch im deutschen Katholizismus.

So oder so müssen sich beide Kirchen fragen, inwieweit der theologische Paradigmenwechsel im christlich-jüdischen Verhältnis nicht nach wie vor lediglich eine Sache von Minderheiten ist. Inwieweit kann die 1982 von Ehrlich geäußerte Hoffnung, „daß der Begriff ‚Judenfeindschaft‘ oder des ‚Antisemitismus‘ ein Fremdwort wenigstens im Bereiche der christlichen Kirchen wird“<sup>110</sup>, inzwischen tatsächlich als erfüllt gelten? Die jüdisch-orthodoxe Judaistin Chana Safrai meinte 2005: „In einer Zeit, in der vermehrt Anschläge auf Juden und jüdische Einrichtungen in Europa zu beklagen sind“, sei es „schwer“, „sich jetzt an den erzielten Fortschritten [im christlich-jüdischen Verhältnis, d. Vf.in] zu berauschen. Dies ist eher die Zeit, äußerst kritisch zu überprüfen, wo diese Bemühungen am Beginn des 21. Jahrhunderts tatsächlich stehen.“<sup>111</sup> Diese Einschätzung hat an Aktualität nichts eingebüßt.

## I. Veröffentlichte Quellen und Darstellungen

ANTISEMITISMUS IN WESTDEUTSCHLAND. Judenfeinde und Judenmörder im Herrschaftsapparat der Bundesrepublik. Eine Dokumentation des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR. Berlin 1967.

---

<sup>108</sup> Zitiert nach KREMERS, Eigenart, 14.

<sup>109</sup> Vgl. summarisch u. a. GRONAUER, Staat, 401; STÖHR, Notwendigkeiten, 32f.; für die DDR NIETHER, Juden, 239.

<sup>110</sup> EHRlich, Katholiken, 63.

<sup>111</sup> SAFRAI, Synodalbeschluss, 68.

- ARNDT, Siegfried Theodor: Das christlich-jüdische Gespräch in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Ders. [u. a.] (Hg.): Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven (Arbeitsmaterialien zur Geistesgeschichte 4). Köln 1988, 11–62.
- : Nach der Shoah. DDR-Kirche und ihre Verantwortung angesichts des Antijudaismus. In: ZdZ 49 (1995), 58–64.
- BARKENINGS, Hans-Joachim: Zur christlichen Neupositionierung im Verhältnis und im Verhalten der Christen zu den Juden in Kirchenordnungen und Kirchenverfassungen nach 1980, in: Bilanz und Perspektiven des christlich-jüdischen Dialogs. epd-Dokumentation 9/10 (2005), 45–60.
- BAUMANN, Arnulf H. (Hg.): Auf dem Wege zum christlich-jüdischen Gespräch. 125 Jahre Evangelisch-lutherischer Zentralverein für Zeugnis und Dienst unter Juden und Christen (Münsteraner Judaistische Studien 1). Münster 1998.
- BECKER, Thorsten: „Das ist doch ein sehr westliches Thema.“ Antijudaismus in der Christenlehre in der DDR. In: Knospen und Früchtchen. Ein studentischer Geburtstagsstrauß für Friedrich-Wilhelm Marquardt. Berlin 1998, 125–139.
- BENZ, Wolfgang (Hg.): Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel. Berlin 2018.
- : Der schwierige Status der jüdischen Minderheit in Deutschland nach 1945. In: Ders. (Hg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991, 9–21.
- BILANZ UND PERSPEKTIVEN des christlich-jüdischen Dialogs. epd-Dokumentation 9/10 (2005).
- BORMANN, Lukas: Walter Grundmann und das Ministerium für Staatssicherheit. Chronik einer Zusammenarbeit aus Überzeugung (1956–1969). In: KZG 22 (2009), 595–632.
- CHRISTEN UND JUDEN I–III. Die Studien der Evangelischen Kirche in Deutschland 1975–2000. Hg. i. A. des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Kirchenamt der EKD. Gütersloh 2002.
- EHRlich, Ernst Ludwig: Katholiken im Gespräch mit Juden. In: Klemens Richter (Hg.): Die Katholische Kirche und das Judentum. Dokumente von 1945–1982. Mit Kommentaren von Ernst Ludwig Ehrlich u. Erich Zenger. Freiburg 1982, 41–62.
- GOLDSCHMIDT, Dietrich / KRAUS, Hans-Joachim (Hg.): Der ungekündigte Bund. Neue Begegnung von Juden und christlicher Gemeinde. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Dt. Evangelischen Kirchentag. Stuttgart 1962.

- GREIVE, Wolfgang: Wendepunkte auf einem langen Weg. In: Ders. im Auftrag des LWB (Hg.): Jüdisch-lutherische Beziehungen im Wandel? Ein lutherischer Beitrag zum christlich-jüdischen Dialog unter besonderer Berücksichtigung des Antisemitismus und Antijudaismus (LWB-Dokumentation 48). Stuttgart 2003, 11–16.
- GRONAUER, Gerhard: Der Staat Israel im westdeutschen Protestantismus. Wahrnehmungen in Kirche und Publizistik von 1948 bis 1972 (AKiZ B 57). Göttingen 2013.
- HARTEWIG, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln [u. a.] 2000.
- HEINZ, Hanspeter (Hg.): Um Gottes willen miteinander verbunden. Der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Forum Christen und Juden 1). Münster 2004.
- HELBIG, Gunther: Zur Geschichte der jüdisch-christlichen Beziehungen nach 1945 in der DDR. In: Christian Staffa (Hg.): Vom Protestantischen Antijudaismus und seinen Lügen. Versuche einer Standort- und Gehwegbestimmung des christlich-jüdischen Gesprächs (Tagungstexte der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt 1). 2., verb. Aufl. Magdeburg 1994, 93–108.
- HENRIX, Hans Hermann: Eine „unterirdische Arbeitsgemeinschaft“: Deutscher Koordinierungsrat und Deutsche Katholikentage. In: Christoph Münz / Rudolf W. Sirsch (Hg.): „Wenn nicht ich, wer? Wenn nicht jetzt, wann?“ Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) (Forum Christen und Juden 5). Münster [u. a.] 2004, 173–188.
- / KRAUS, Wolfgang (Hg.): Die Kirchen und das Judentum. Bd. 2: Dokumente von 1986 bis 2000. Gemeinsame Veröffentlichung der Studienkommission Kirche und Judentum der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Arbeitsgruppe für Fragen des Judentums der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz. Paderborn 2001.
- HERMLE, Siegfried: Evangelische Kirche und Judentum – Stationen nach 1945 (AKiZ B 16). Göttingen 1990.
- : „Wo ist dein Bruder Israel?“ Die Impulse Adolf Freudenbergs zur Neubestimmung des christlich-jüdischen Verhältnisses nach 1945. In: Kul 4 (1989), 42–59.
- HILDEBRANDT, Johannes: Christlich-jüdisches Gespräch in der ehemaligen DDR. In: Christoph Münz (Hg.): „... damit es anders anfängt zwischen uns allen“. 60 Jahre Woche der Brüderlichkeit (Forum Christen und Juden 8). Berlin / Münster 2012, 135–146.

- HINZ, Christoph: Entdeckung der Juden als Brüder und Zeugen. Stationen und Fragestellungen im christlich-jüdischen Dialog seit 1945. In: BThZ 4 (1987), 170–196 (Teil I) und 5 (1988), 2–27 (Teil II).
- JUNG, Martin: Christen und Juden. Die Geschichte ihrer Beziehungen. Darmstadt 2008.
- KAMMERER, Gabriele: In die Haare, in die Arme. 40 Jahre Arbeitsgemeinschaft „Juden und Christen“ beim Deutschen Evangelischen Kirchentag. Gütersloh 2001.
- KELLER, Werner (Hg.): Leben für Versöhnung. Hermann Maas, Wegbereiter des christlich-jüdischen Dialoges. Bearb. von Matthias Riemenschneider. Mit einem Vorw. von Klaus Engelhardt. 2., neubearb. und erw. Aufl. Karlsruhe 1997.
- KIRCHNER, Peter: Die jüdische Minorität in der ehemaligen DDR. In: Wolfgang Benz (Hg.): Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik. Berlin 1991, 29–38.
- KOCK, Manfred: Annäherung durch Wandel. Zur kirchlich politischen Auswirkung des Rheinischen Synodalbeschlusses von 1980. In: Katja Kriener / Johann Michael Schmidt (Hg.): „... um Seines NAMENS willen“. Christen und Juden vor dem einen Gott Israels. 25 Jahre Synodalbeschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“. Neukirchen-Vluyn 2005, 47–57.
- KOSCHEL, Ansgar (Hg.): Katholische Kirche und Judentum im 20. Jahrhundert (Religion, Geschichte, Gesellschaft 26). Münster [u. a.] 2002.
- KRAUS, Wolfgang: Der rheinische Synodalbeschluss und seine Auswirkungen innerhalb der Gliedkirchen der EKD. In: Katja Kriener / Johann Michael Schmidt (Hg.): „... um Seines NAMENS willen“. Christen und Juden vor dem einen Gott Israels. 25 Jahre Synodalbeschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“. Neukirchen-Vluyn 2005, 12–25.
- KREMERS, Heinz: Eigenart und Bedeutung des jüdisch-christlichen Dialogs der Gegenwart vor seinem historischen Horizont. In: Ders. / Julius Schoeps (Hg.): Das jüdisch-christliche Religionsgespräch (Studien zur Geistesgeschichte 9). Stuttgart / Bonn 1988, 9–20.
- KRIENER, Katja / SCHMIDT, Johann Michael (Hg.): „... um Seines NAMENS willen“. Christen und Juden vor dem einen Gott Israels. 25 Jahre Synodalbeschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“. Neukirchen-Vluyn 2005.

- KÜTTLER, Thomas: Umstrittene Judenmission. Der Leipziger Zentralverein für Mission unter Israel von Franz Delitzsch bis Otto von Harling. Leipzig 2009.
- LEVINSON, Nathan Peter: 20 Jahre Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit – Rückblick und Vorschau. In: Christoph Münz / Rudolf W. Sirsch (Hg.): „Wenn nicht ich, wer? Wenn nicht jetzt, wann?“ Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) (Forum Christen und Juden 5). Münster [u. a.] 2004, 151–160.
- LINDEMANN, Gerhard / ARNDT, Timotheus: Zur Geschichte des christlich-jüdischen Dialogs in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. In: Amtsblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens Jg. 2016, Nr. 20/21, B 37–B 45.
- MASER, Peter: Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 20 (1991), 393–426.
- MERTENS, Lothar: Jugend und Jugendarbeit in den jüdischen Gemeinden der DDR. In: Horst Dähn / Helga Gotschlich (Hg.): Und führe uns nicht in Versuchung. Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989 (Die Freie Deutsche Jugend 4). Berlin 1998, 193–207.
- : Die Kinder Mose im Staate Marx. Die jüdischen Gemeinden in der ehemaligen DDR. In: Andreas Nachama / Julius H. Schoeps (Hg.): Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-jüdische Geschichte nach 1945. In memoriam Heinz Galinski. Berlin 1992, 285–298.
- MÜNZ, Christoph (Hg.): „... damit es anders anfängt zwischen uns allen“. 60 Jahre Woche der Brüderlichkeit (Forum Christen und Juden 8). Berlin / Münster 2012.
- / SIRSCH, Rudolf W. (Hg.): „Wenn nicht ich, wer? Wenn nicht jetzt, wann?“ Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) (Forum Christen und Juden 5). Münster [u. a.] 2004.
- NOLL, Hans (Chaim): Früchte des Schweigens. Jüdische Selbstverleugnung und Antisemitismus in der DDR. In: Deutschland Archiv 22 (1989), 769–778.
- OELKE, Harry: Zwischen Schuld und Sühne. Evangelische Kirche und Judentum nach 1945. In: PTh 95 (2006), 2–23.
- OSTEN-SACKEN, Peter von der: „Die grosse Lästerung“. Beobachtungen zur Gründung des Eisenacher Instituts und zeitgenössische Dokumente zur kritischen Wertung seiner Arbeit sowie zur Beurteilung Walter Grundmanns. In: Ders. (Hg.): Das mißbrauchte Evangelium.

Studien zu Theorie und Praxis der Thüringer Deutschen Christen (Studien zu Kirche und Israel 20). Berlin 2002, 313–347.

–: Institut Kirche und Judentum (1960–2005) – Geschichte, Ziele, Perspektiven. In: Bilanz und Perspektiven des christlich-jüdischen Dialogs. epd-Dokumentation 9/10 (2005), 7–16.

OSTMEYER, Irena: Zwischen Schuld und Sühne. Evangelische Kirche und Juden in SBZ und DDR 1945–1990 (SKI 21). Berlin 2002.

RENDTORFF, Rolf / HENRIX, Hans Hermann (Hg.): Die Kirchen und das Judentum. Bd. 1: Dokumente von 1945 bis 1985. Gemeinsame Veröffentlichung der Studienkommission Kirche und Judentum der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Arbeitsgruppe für Fragen des Judentums der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz. Paderborn <sup>2</sup>1989.

RICHTER, Klemens (Hg.): Die Katholische Kirche und das Judentum. Dokumente von 1945–1982. Mit Kommentaren von Ernst Ludwig Ehrlich u. Erich Zenger. Freiburg 1982.

– / SÄRCHEN, Günter (Hg.): Die Katholische Kirche und das Judentum. Dokumente von 1945 bis 1986. Jahreshandreichung 1986 des Anna-Morawska-Seminars Magdeburg der Aktion Sühnezeichen in der DDR. Magdeburg 1986.

SAFRAI, Chana: 25 Jahre Synodalbeschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland in jüdisch-orthodoxer Sicht. In: Katja Kriener / Johann Michael Schmidt (Hg.): „... um Seines NAMENS willen“. Christen und Juden vor dem einen Gott Israels. 25 Jahre Synodalbeschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“. Neukirchen-Vluyn 2005, 58–68.

SÄRCHEN, Günter (Hg.): Volk Gottes im Bund Gottes. Informationen, Meditationstexte, Dokumente der Evangelischen Kirche in Deutschland. Jahreshandreichung 1987 des Anna-Morawska-Seminars Magdeburg der Aktion Sühnezeichen in der DDR. Magdeburg 1988.

SCHENK, Wolfgang: Der Jenaer Jesus. Zu Werk und Wirken des völkischen Theologen Walter Grundmann und seiner Kollegen. In: Peter von der Osten-Sacken (Hg.): Das mißbrauchte Evangelium. Studien zu Theorie und Praxis der Thüringer Deutschen Christen (Studien zu Kirche und Israel 20). Berlin 2002, 167–279.

SCHMID, Harald: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 43). Göttingen 2004.

- SCHMIDT, Monika: Antisemitismus durch Friedhofsschändungen. In: Wolfgang Benz (Hg.): Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel. Berlin 2018, 232–262.
- SCHNEIDER-LUDORFF, Gury: Verdrängen und Bekennen. Vom schwierigen Umgang der ev. Kirche mit der „Schuld“ nach 1945. In: Thomas Brechenmacher / Harry Oelke (Hg.): Die Kirchen und die Verbrechen im nationalsozialistischen Staat (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 11). Göttingen 2011, 274–282.
- SCHUSTER, Dirk: Die Lehre vom „arischen“ Christentum. Das wissenschaftliche Selbstverständnis im Eisenacher „Entjudungsinstitut“ (Kirche – Konfession – Religion 70). Göttingen 2017.
- SEIDEL, Thomas A.: Die „Entnazifizierungs-Akte Grundmann“. Anmerkungen zur Karriere eines vormals führenden DC-Theologen. In: Roland Deines / Volker Leppin / Karl-Wilhelm Niebuhr (Hg.): Walter Grundmann. Ein Neutestamentler im Dritten Reich (AKThG 21). Leipzig 2007, 349–369.
- : Im Übergang der Diktaturen. Eine Untersuchung zur kirchlichen Neuordnung in Thüringen 1945–1951 (Konfession und Gesellschaft 29). Stuttgart 2003.
- SIRSCH, Rudolf W.: Gegen das Vergessen – Der Beitrag des Erzieherausschusses im Deutschen Koordinierungsrat zur Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Christoph Münz / Rudolf W. Sirsch (Hg.): „Wenn nicht ich, wer? Wenn nicht jetzt, wann?“ Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) (Forum Christen und Juden 5). Münster [u. a.] 2004, 115–150.
- STELLMACHER, Hildegard: Woche der Brüderlichkeit: Dresden. In: Christoph Münz (Hg.): „... damit es anders anfängt zwischen uns allen“. 60 Jahre Woche der Brüderlichkeit (Forum Christen und Juden 8). Berlin / Münster 2012, 233–245.
- STÖHR, Martin: Die Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, in: Bilanz und Perspektiven des christlich-jüdischen Dialogs. epd-Dokumentation 9/10 (2005), 29–45.
- (Hg.): Juden, Christen und die Ökumene. Adolf Freudenberg 1894–1994. Ein bemerkenswertes Leben. Frankfurt a. M. 1994.
- : Notwendigkeiten und Schwierigkeiten einer Christlich-Jüdischen Zusammenarbeit – Einige Rückblicke. In: Christoph Münz / Rudolf W. Sirsch (Hg.): „Wenn nicht ich, wer? Wenn nicht jetzt, wann?“ Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung des Deutschen Koordinierungsrates der

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) (Forum Christen und Juden 5).  
Münster [u. a.] 2004, 30–106.

TÖLLNER, Axel: Erinnern an die Barbarei. Die Novemberpogrome im Gedenken der evangelischen Kirchen in Deutschland seit 1945. In: Siegfried Hermle / Dagmar Pöpping (Hg.): Zwischen Verklärung und Verurteilung. Phasen der Rezeption des evangelischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus nach 1945 (AKiZ B 67). Göttingen 2017, 213–233.

ZANDER, Ulrike: Philosemitismus im deutschen Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Begriffliche Dilemmata und auszuhaltende Diskurse am Beispiel der Evangelischen Kirche im Rheinland und in Westfalen (Historia profana et ecclesiastica 16). Berlin / Münster 2007.

## II. Internetquellen

GOSCHLER, Constantin: Die DDR und die Juden, Sammelrezension. In:

<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-5122> [abgerufen am 23.6.2019].

<https://fowid.de/meldung/mitglieder-juedischer-gemeinden-deutschland-1955-2016>  
[abgerufen am 15.8.2019].